

DER SPIEGEL 17/2003 - 19. April 2003

URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,245328,00.html>

Titel

Die Herren der Welt

Nach dem Sturz des Despoten Saddam Hussein reklamieren die Amerikaner das Recht, die Welt nach ihren Vorstellungen neu zu ordnen. Diktatoren müssen künftig um ihre Macht zittern, Rivalen dürfen gar nicht erst aufkommen. Widerspruch ist vor allem aus dem alten Europa zu hören.

Ein Fest für Europa hatte das werden sollen: Auf der Athener Agora, dem Marktplatz der Antike, zu Füßen jener marmornen Prunktreppe, die zur Akropolis hinaufführt, unterzeichneten 25 Staats- und Regierungschefs vorigen Mittwoch den Vertrag über die Erweiterung der Europäischen Union. Zehn, meist ehemals kommunistische Staaten zwischen Ostsee und Mittelmeer, schlossen sich mit ihren westeuropäischen Partnern zusammen, von denen die meisten durch den Kalten Krieg jahrzehntelang getrennt waren.



REUTERS

Iranische Führer Chamenei (M.), Chatami (r.): Schulterchluss von Falken und Tauben

Doch von einem Wiedervereinigungstaumel, etwa nach dem Muster des Berliner Mauerfalls, war in Athen wenig zu spüren - ein pompöses Feuerwerk über dem Parthenon musste als schöner Götterfunke ausreichen.

Sicher, in den 25 kurzen Ansprachen wurde immer wieder betont, was für ein Koloss jetzt entsteht: 450 Millionen Europäer, die eine Wirtschaftsleistung von 11,1 Billionen Euro erarbeiten - neben den USA der größte Binnenmarkt der Welt, eine Gemeinschaft ohne Beispiel in der Geschichte der Menschheit.

Und, bedeutsamer noch, das alles auf dem Boden eines Kontinents, dessen Staaten die vergangenen Jahrhunderte vornehmlich damit verbracht hatten, einander mit Krieg zu überziehen. Nun hatten sie sich durch Verträge gebändigt und dies - am Geburtsort einer revolutionären Staatsverfassung namens Demokratie - besiegelt. Von einem solchen Dominoeffekt um sich greifender Liberalität in Handel und Wandel können sogar die Weltverbesserer im amerikanischen Pentagon nur träumen: "Da mag man nicht mehr", grummelte der deutsche Außenminister Joschka Fischer, "dass über unsere Köpfe hinweg Politik gemacht wird" - auf der Hochstrecke Washington-Moskau-Delhi-Peking.



EPA/DPA

Kim Jong Il/ St. Petersburg 2001

Und in der Tat: Als Modell sehen seine Apologeten das wiedervereinigte friedliche Imperium Europa. "Wir haben Krieg und Rivalität überwinden können", sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder. "Aus exakt dieser Erfahrung heraus langfristige Perspektiven für eine Welt der Sicherheit und der Zusammenarbeit zu entwickeln" sei nun europäische Verpflichtung.

Dass an diesem strahlend blauen attischen Frühlingstag wohl eine gewisse Feierlichkeit, aber keine ungetrübte Festtagsstimmung aufkommen wollte, lag an jemandem, der in Athen gar nicht anwesend war - Amerikas Präsident

George W. Bush.

Denn der, Chef einer Supermacht, die sich gerade anschickt, die Welt nach eigenem Gusto neu zu gestalten, hatte den Europäern gerade erst wieder bewiesen, wie schmerzhaft unvollständig und einflussarm ihre viel gepriesene Vertragsgemeinschaft noch immer ist. Der Streit um Amerikas Krieg im Irak hatte Europas Regierungen in zwei Lager geteilt, die sich allen Harmoniebekundungen zum Trotz einstweilen misstrauisch belauern.

Großbritanniens Tony Blair und Spaniens José María Aznar, Anführer der europäischen Bellizisten, zu denen überdies ausgerechnet auch die meisten der osteuropäischen Neuzugänge zählen, wurden in Athen von wütenden Demonstranten beschimpft. Frankreichs Jacques Chirac und Deutschlands Gerhard Schröder, mit Russlands Wladimir Putin laut Washingtoner Spott in der "Achse der Besiegten" verbunden, musste klar sein, dass sie vom großen Ziel einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik einstweilen noch weit ent-fernt sind. Ohne eine radikale EU-Reform und ohne Annäherung auch im außenpolitischen Bereich, sagte Fischer voraus, werden die Europäer künftig nur das nachzuvollziehen haben, was andere ihnen vorgeben, "so wie heute die Schweiz nachzuvollziehen hat, was wir in der EU beschließen".

Deutlicher konnte der Kontrast nicht sein: Auf der einen Seite Europa, das sich zwar selbst als Modell versteht, dem aber nach außen die rechte Strahlkraft fehlt. Auf der anderen Seite die Supermacht USA, die, abermals bestätigt durch einen Sieg ihrer Waffen, der Welt eine neue Ordnung auferlegen will.

Denn im Waffengang gegen Saddam Hussein haben Amerikas Optimisten, die diesen Krieg gefordert hatten, seit in New York die Zwillingstürme des World Trade Center zusammenstürzten, fürs Erste Recht behalten und fühlen sich nun bestätigt: Die Eroberung Bagdads ließ nicht lange auf sich warten, die Reihen der Gegner lösten sich unter dem amerikanischen Geschosshagel schlicht auf.

Die Popularität des amerikanischen Präsidenten, der sein Prestige und seine Autorität in die Waagschale geworfen hat, stieg an der Heimatfront wieder in lichte Höhen. Und: Amerika scheint noch nicht kriegsmüde zu sein. Wilder Zorn und ein enormer Durst nach Rache haben das Land am 11. September 2001 erfasst und sind offenbar noch nicht abgeebbt.



KHALED AL-HARIRI /
REUTERS

Assad

Wer also ist der Nächste? Würden die USA, beflügelt vom raschen Sieg im Irak, nach Damaskus weitermarschieren, schon damit Amerikas Konservative künftig Bush junior nicht vorwerfen können, was sie Bush senior vorgeworfen hatten - nämlich einen Golfkrieg verfrüht gestoppt zu haben? Das Land, das die Assads in Familienbesitz genommen haben, erfüllt die beiden entscheidenden Kriterien, die nach der Bush-Doktrin zum Regimewechsel durch Krieg führen können: Syrien ist ein Sponsor von Terrororganisationen und verfügt - vermutlich - über Massenvernichtungswaffen.

Gleiches gilt natürlich für Iran, wo das Mullah-Regime angeblich dabei ist, Nuklearwaffen zu bauen. Und ganz oben auf der Prioritätenliste der Schurkenstaaten steht ohnehin Nordkorea, seit der Steinzeitkommunist Kim Jong Il in einmaliger Weise die Weltmacht herausfordert: Er will mit den USA einen Nichtangriffspakt schließen, der ihn davor bewahren soll, das Schicksal Saddams zu erleiden.



"Jede Situation erfordert eine eigene Antwort", hat Bush auf die Frage geantwortet, welches Land denn als Nächstes von Amerika mit einem Präventivkrieg überzogen wird. Das klingt nicht unbedingt beruhigend. Denn ganz offenkundig träumt er von einer neuen Weltordnung, in der die stärkste Weltmacht, die es in der Geschichte je gegeben hat, ihre Streitkräfte überall dorthin schickt, wo Terroristen ihre Schlupfwinkel haben und Diktatoren heimliche Waffenlabore bauen.

JOSEPH BARRAK / DPA

US-Soldaten vor erobertem
Saddam-Palast in Tikrit:
Gewöhnliches Mittel der Politik

Davon haben auch seine Vorgänger geträumt, doch sie nutzten in den neunziger Jahren die militärische Macht der USA eher zufällig - weniger getrieben durch das nationale Interesse als durch Mitleid erregende Fernsehbilder von fernem Konflikten. Amerikas Soldaten in Mogadischu, Amerikas Flugzeuge über Belgrad zeugten von einem schwergewichtigen, letztlich aber gutmütigen Gorilla, der eingriff, wenn die Krisen sonst nicht zu lösen waren.

Bush ist anders. Er schickt sich an, sein Vorhaben Wort für Wort in die Tat umzusetzen. Unter ihm sind die Streitkräfte dabei, sich in eine blitzschnelle, tödliche Viper zu verwandeln, die überall zubeißen kann. Der Zufallspräsident, der bis zum 11. September 2001 ein Dämmerdasein geführt hatte, verwandelt sich unversehens in einen imperialen Präsidenten. Er ist auf dem besten Weg, die Welt und Amerika grundlegend zu verändern.

ES GEHT UM ÖL UND EINE DEMONSTRATION DER ENTSCLOSSENHEIT, DIESE BLUTGETRÄNKTE REGION NEU ZU ORDENEN.

Zweimal innerhalb von gut 17 Monaten hat Präsident Bush Krieg geführt. Als er das Taliban-Regime beseitigen ließ, ging es noch vorrangig um die Jagd auf den Terrorchef Osama Bin Laden. Doch zugleich ließ sich der strategische Vorteil, den neue militärische Stützpunkte überall in Zentralasien bieten, gar nicht übersehen. Zudem ergänzen sich in dieser Weltecke imperiale Ambitionen trefflich mit dem Reichtum neuer Öl-Ressourcen - ganz wie im Nahen Osten.

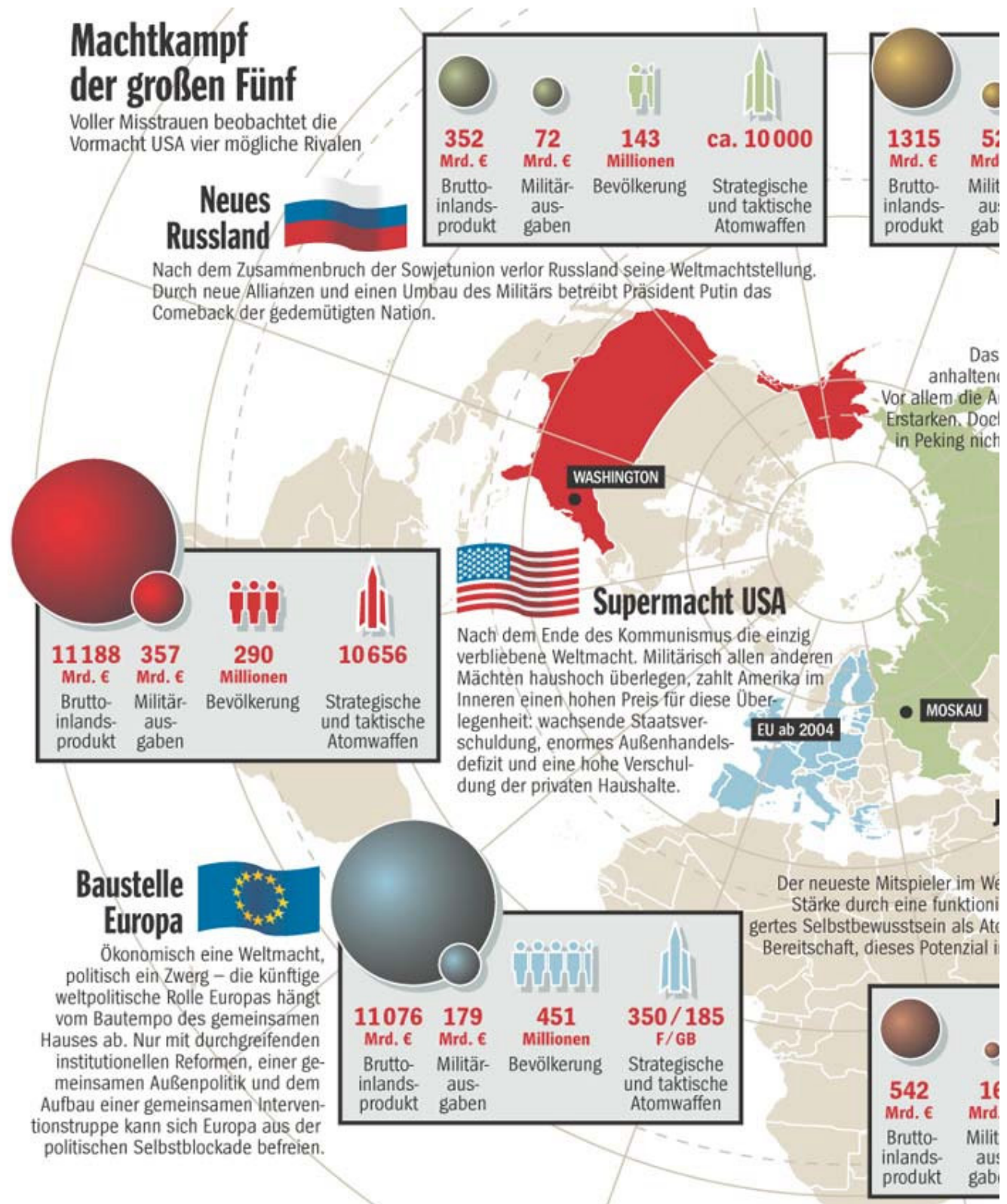
Als der Herr im Weißen Haus immer neue Gründe für den jüngsten Golfkrieg aufführte, war die Welt jenseits Amerikas schon voller Misstrauen, was denn wohl die wahren Motive dafür seien. Tatsächlich geht es auch um das Ende der Diktatur, aber vor allem um den Irak als Basislager zur Veränderung des Status quo im Nahen Osten. Es geht zwar auch um Massenvernichtungswaffen, aber mehr noch um ein Exempel für andere Regime in der Nachbarschaft. Es geht zwar auch um Öl, aber vor allem um eine Demonstration der Entschlossenheit, diese reiche, stagnierende, blutgetränkte Region neu zu ordnen.

Die Weltordnung, die Bush im Sinn hat, gründet auf der entfesselten Freiheit der Weltmacht, die im Krieg ein gewöhnliches Mittel der Politik sieht und Alleingänge allen Bindungen vorzieht. Aber lässt sich so mehr Frieden schaffen?

Bis vor kurzem definierten sich die Vereinigten Staaten als "Supermacht", eine eher abstrakte Bezeichnung für eine maßlose Überlegenheit, die sich nicht nur auf alles Militärische, sondern auch auf Wirtschaftskraft und Kultur erstreckt. Eine Supermacht ist eine imperiale Macht im Wartestand. Sie hat das Potenzial, Vorherrschaft auszuüben und ihre Interessensphären neu zu bestimmen, aber sie macht nicht unbedingt Gebrauch davon.

Bushs Amerika aber besitzt einen ausgeprägten Willen zur Hegemonie. Es hat das Sendungsbewusstsein, seine Vorstellungen von Ordnung, Wohlverhalten und Demokratie

auch in hochexplosiven Weltgegenden wie dem Nahen Osten zu verbreiten. Es handelt in der Überzeugung, Frieden lasse sich durch Krieg verbreiten.



Hegemonie, Interessensphären, Imperialismus - solche Begriffe wurden einst mit größtmöglicher Verachtung benutzt, gerade in den USA. Sie wurden für die andere, inzwischen verblichene Weltmacht Sowjetunion reserviert, weil die 1961 die Berliner Mauer bauen ließ, 1968 Panzer nach Prag schickte oder ihren Einfluss auf anderen Kontinenten, etwa in Afrika, erweiterte. Amerika aber wollte immer das Reich des Guten, den freien Westen, die Demokratien auf allen Kontinenten anführen - bis hinein in den vietnamesischen Dschungel, in dem es sich um seine moralische Glaubwürdigkeit brachte.

Seitdem aber das Reich der Sowjetunion ruhmlos zerfiel, sollte das Zeitalter des Imperialismus eigentlich endgültig der Vergangenheit angehören. In der Gegenwart sind ja ohnehin noch ein paar andere Ruinen glorreicher Größe von ehemals zu besichtigen. Großbritannien mehrt derzeit die Bedeutung, die es allein längst nicht mehr besitzt, durch rückhaltlose Solidarität mit den Vereinigten Staaten. An Frankreich lassen sich auch die Phantomschmerzen studieren, die ein Land empfindet, wenn nur noch Restbestände kolonialen Glanzes zu besichtigen sind.

Nicht zufällig wird Bush in diesen Tagen vorzugsweise mit einem anderen Präsidenten verglichen, der ähnlich schlichter Denkungsart war und deshalb permanent unterschätzt wurde: Harry Truman. Der schuf die Grundlagen für Uno und Nato, für Aufbau und Integration Japans und Deutschlands ins westliche Staatensystem - für die gesamte Architektur, auf welcher der Einfluss der Vereinigten Staaten in der Nachkriegsära vornehmlich beruhte.

Jetzt ist wieder Gründerzeit angebrochen: Die Reden, die Condoleezza Rice und George W. Bush momentan halten, hallen wider vom Echo der Nachkriegsjahre. Was in Europa und Asien sich vollzog, kommt nun auf Wiedervorlage für den Nahen Osten. Auch dort sollen Demokratien aufblühen, soll eine bisher isolierte Weltregion näher an den Westen heranrücken. Visafrei von Bagdad nach Berlin?

Es gibt allerdings einen entscheidenden Unterschied zwischen Truman und Bush: Bush stellt alles in Frage, was von der damaligen Welt an Institutionen, Bündnissen und Verträgen übrig geblieben ist. Den Internationalismus der klassischen US-Außenpolitik scheint ein rabiater Unilateralismus abzulösen. Damit lässt sich vielleicht ein Imperium, aber sicher keine Welt mit ernst zu nehmenden Verbündeten bauen. Das Schlagwort vom "neuen Imperium" gilt in Washington schon längst nicht mehr als Schimpfwort.

Helmut Schmidt dagegen, ein Atlantiker aus Überzeugung, schrieb in der "Zeit": "Der nationalistisch-egozentrische Einfluss imperialistisch gesinnter Intellektueller auf die Strategie der USA ist derzeit größer als je seit Ende des Zweiten Weltkrieges."

Amerika wirbt nicht mehr um Bündnisse und Allianzen, Washington klagt Gefolgstreue ein. So allumfassend und pompös kommt dieser Anspruch daher, dass amerikanische Intellektuelle bereits lästerten, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld spreche keine Prosa mehr, sondern verkünde den Zustand der Welt bereits in lyrischen Sentenzen von vollkommenen Versmaßen - eine Art Nero, der die Welt poetisch besänge.

Unter Bush hält die Regierung die alte Staatsräson der Stabilität, die etwa ein Henry Kissinger als oberstes Ziel der US-Außenpolitik betrachtete, für amoralisch und das Sprengen des Status quo für eine Notwendigkeit. Was auch immer daraus entstehen mag, ist doch, so die Logik der Washingtoner Weltverbesserer, am Ende moralisch besser.

Der Altmeister der Realpolitik ist natürlich kein Freund von solchen Abenteuern. Henry Kissinger, der sich mit Kritik am Weißen Haus gewöhnlich äußerst zurückhält, veröffentlichte am vorigen Montag eine kühle Gesamtbetrachtung der amerikanischen Außenpolitik seit dem 11. September: "Die anfängliche Solidarität wurde geschwächt, als

die Vereinigten Staaten der Herausforderung eine militärische Wendung gaben und dem Terrorismus den Krieg erklärten. Und sie verschwand mit der Strategie der Präventivkriege, die allen bewährten Prinzipien der Souveränität zuwiderläuft."

Es versteht sich von selbst, dass Kissinger der Restauration ramponierter Allianzen den Vorzug vor jedem triumphalen Unilateralismus gibt: "Gehen diese Trends weiter, würde das die fortschreitende Erosion des Atlantischen Bündnisses einschließen - mehr als ein halbes Jahrhundert lang das Herzstück amerikanischer Außenpolitik."

IN DEN NEUNZIGER JAHREN FANDEN DIE AMERIKANER KEINEN GEFALLEN AM KRIEG. DER TURBOKAPITALISMUS VERSPRACH RASCHEN REICHTUM.

Zeitenwende ist angesagt, nicht unähnlich derjenigen, die über Europa nach der Entdeckung der Neuen Welt heraufdämmerte. Und Kolumbus mag damals für viele Europäer der erste Amerikaner gewesen sein: Auf den Vorhalt, die Entdeckung der Neuen Welt sei doch ganz einfach gewesen, gab er seinen Kritikern Recht - genauso einfach wie ein Ei auf die Spitze zu stellen. Als niemand das in die Tat umsetzen konnte, sagte er der Legende zufolge: "Man muss nur wissen, wie es geht", und schlug das Ei so hart auf den Tisch, dass es stehen blieb. Dass es dabei auch kaputt ging, hat weder den Entdecker von damals noch den heutigen Erfinder einer neuen Weltordnung gestört.

Selten trafen die Gegensätze außenpolitischer Zielsetzungen auf beiden Seiten des Atlantiks so hart aufeinander, selten auch wird derart deutlich, dass die unterschiedlichen Maximen auf unterschiedlicher Generationen-Erfahrung fußen. Auf der einen Seite stehen die Traditionalisten: Veteranen aus früheren Regierungen - von Kissinger über Brent Scowcroft bis hin zu James Baker, aber auch zum amtierenden Außenminister Colin Powell. Auf der anderen Seite stehen die neokonservativen Revolutionäre unter Führung des Präsidenten. Dass der Riss sogar durch die Familie Bush geht, zwischen dem Senior und seinem ältesten Sohn verläuft, verleiht der Kontroverse eine besondere Note.

Als erst die Mauer fiel und dann das kommunistische Weltreich implodierte, da saß George Herbert Walker Bush im Weißen Haus, ein eher spröder, phantasiearmer, aber erfahrener Präsident. Anders als François Mitterrand und Margaret Thatcher vertraute er dem Gang der Dinge, und das hieß, er vertraute vor allem Michail Gorbatschow und Helmut Kohl. Zur unabdingbaren Voraussetzung erhob er, dass auch das geeinte Deutschland Mitglied der Nato bleiben müsse.

Bush senior verkörperte das alte, selbstsichere Amerika im Einklang mit dem Lauf der Geschichte. Dank des Mangels an Vorstellungskraft zog dieses Bush-Amerika keine Konsequenzen aus dem Machtmonopol, das ihm durch Wegfall des ideologischen Gegners unverhofft zufiel. Es blieb alles weitgehend beim Alten.

Als Saddam Hussein Kuwait überfiel, versammelten die Vereinigten Staaten wie selbstverständlich so viele Partner wie möglich um sich, verschafften sich die Zustimmung des Uno-Sicherheitsrates und zogen in einen begrenzten Krieg: kein Regimewechsel, keine Veränderung des Status quo, keine Hegemonie-Ideen, keine imperialen Zielvorstellungen.

Der Junior, dessen politische Karriere mit einer Wahlniederlage gerade einen Fehlschlag erlitten hatte, ging damals im Weißen Haus ein und aus. Er galt noch als einer der wichtigsten Berater seines Vaters.

Seine heutigen radikalen Ideen für eine Weltmacht reiften zu der Zeit an einem anderen Ort. Im Pentagon erteilte 1991 der Verteidigungsminister, der zufällig Richard Cheney hieß, zweien seiner begabtesten Strategen, die zufällig Paul Wolfowitz und Colin Powell hießen, den Auftrag, die politischen Konsequenzen aus dem Ende des Kalten Kriegs zu

beschreiben. Da sämtliche Beteiligten nach Jahr und Tag in derselben Regierung sitzen, die jetzt aus den Ideen von damals den Leitfaden ihrer Außenpolitik macht, hat deren Vorgeschichte fast schon legendenhafte Züge angenommen. Auch ein poetischer Titel fand sich: "Cheney's Song for America".

Powells Überlegungen fielen moderat und pragmatisch aus: Die Vereinigten Staaten seien nunmehr der einzige Ordnungsfaktor der Welt, wobei sie sich auf unübersichtliche regionale Streitfälle und unvorhersehbare Überraschungen einstellen müssten. Seine Maßgabe war, dass Amerika das Monopol als Weltmacht unbedingt aufrechterhalten müsse und dafür traditionelle Bündnisse wie etwa die Nato stärken sollte.

Im Großen und Ganzen hielt sich auch der Demokrat Bill Clinton an solche Empfehlungen. Er brachte weder besondere Erfahrung noch besonderes Interesse für die Außenpolitik mit. In Bosnien 1995 und im Kosovo 1999 griff er erst nach langem Zögern ein und achtete darauf, seine Soldaten keinem Risiko auszusetzen. Clinton schickte keine Bodentruppen, sondern die Luftwaffe. Mal spannte er die Uno, mal die Nato zum Erreichen seiner Ziele ein.

Im Amerika der neunziger Jahre fanden Kriege kein Gefallen. Das Land lebte einen beispiellos lang anhaltenden Boom aus, befand sich im Rausch der New Economy und war daher mit sich selbst beschäftigt. Der Turbokapitalismus, der raschen Reichtum versprach, war wichtiger als der unipolare Moment in der Weltpolitik. In dieser kollektiven Gemütsverfassung erreichten selbst die ersten Anschläge Osama Bin Ladens nur flüchtige Priorität. Clinton handelte im Übereinklang mit der Nation, als er sich mit etlichen Cruise Missiles auf vermutete Qaida-Stützpunkte in Afghanistan begnügte.



NATACHA PISARENKO / AP
Anti-Kriegs-Protest (in Buenos Aires): Fesseln für den neuen Gulliver

"Cheneys Lied für Amerika" in der verschärften Fassung von Wolfowitz kursierte damals in den Zirkeln der Neokonservativen, die in den Think Tanks unweit des Weißen Hauses ihre Verbannung aus der Regierung aussaßen. Auch Wolfowitz räumt dem Wegfall der sozialistischen Welthälfte höchste Bedeutung bei. Doch sein Ordnungsentwurf steckt voller Pessimismus. Mal erscheinen die USA als Guter unter vielen Bösen, mal als Gulliver, dem tückische Liliputaner Fesseln anlegen.

Das Hauptthema in seinem Weltenplan ist Unilateralismus, weil Verträge und Institutionen die Handlungsfreiheit einer Weltmacht in Monopolstellung nur unnötig einschränken. Die militärische Überlegenheit von heute dient vor allem dazu, potenzielle Konkurrenten von morgen abzuschrecken, sei es China, sei es die Europäische Union.

Die Grundkonstellation in diesem neokonservativen Manifest war noch immer die des Kalten Krieges - allerdings mit einer Leerstelle, die sich nach dem Wegfall des "Reichs des Bösen" auftat. Diese Lücke schloss sich erst am 11. September. An die Stelle des Kommunismus trat der Terrorismus, dem die Regierung Bush den Krieg erklärte.

Heute ist Wolfowitz der einflussreichste neokonservative Intellektuelle mit einem Regierungsamt. Seine Grundgedanken griff Präsident Bush nach und nach auf. Das Recht auf Präventivkriege und die Notwendigkeit zu Alleingängen, zum ersten Mal vorgestellt in einer Rede vor der Militärakademie West Point im vergangenen Juni, fanden Eingang in das, was inzwischen längst als Bush-Doktrin bekannt ist.



DPA

US-Feind Bin Laden

Dass damit eine Zäsur im Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums erreicht ist, machte Sicherheitsberaterin Rice noch vor dem Irak-Krieg deutlich: "Nun ist es möglich - sogar wahrscheinlich, dass sich diese Übergangsperiode zu Ende neigt. Sollte das tatsächlich so sein, so leben wir nicht nur in einer Phase schwerwiegender Gefahr, sondern enormer Chancen."

Die wusste Bush zu nutzen. Die "unersetzliche Nation", wie sich die Amerikaner gern nennen, erstrebe "die Rolle eines Ersatz-Rom", unterstellt der kalifornische Politikwissenschaftler Chalmers Johnson der Polit-Elite Washingtons. Amerika sei inzwischen "arrogant, überheblich, selbstsicher". 65 größere Militärstützpunkte rund um den Planeten garantieren der Supermacht ihre globale Dominanz.

Nur: Die Geschichte lehrt, dass Weltreiche früher oder später kritische Stadien erreichen, zumal bei einer imperialen Überdehnung. Das Imperium Romanum begann auseinander zu brechen, als die Römer gleichzeitig Germanen, Perser und andere Barbaren niederhalten mussten. Auch das Weltreich der Habsburger scheiterte letztlich an Selbstüberschätzung und Selbstüberforderung.

Allein das britische Empire wusste im 19. Jahrhundert um die Grenzen seiner Macht. Zwar kam Londons zivilisatorische Mission stolz als "Rule Britannia" daher, pries Rudyard Kipling "the white man's burden". Aber die Briten gaben sich mit der Ausbeutung ihrer Kolonien zufrieden und waren klug genug, nicht alle Welt kontrollieren zu wollen.

Die Vereinigten Staaten jedoch, so beurteilt es der britische Historiker Eric Hobsbawm, "wollen die Weltherrschaft". Die Amerikaner könnten heute in jedem Krieg obsiegen, "außer gegen China", glaubt der Universalgelehrte, sieht für Washington allerdings eine selbstzerstörerische Gefahr: "Die Berufskrankheit einer Weltmacht ist der Größenwahn."

"EIN EXPORT DER KAPITALISTISCH- DEMOKRATISCHEN REVOLUTION BESCHERT EINE UNENDLICHE SERIE MILITÄRISCHER KONFLIKTE."

Für den französischen Historiker Emmanuel Todd, dessen "Nachruf" auf die Vormacht USA an der Spitze der europäischen Buch-Bestsellerlisten steht, ist Bushs Amerika kein wohlwollender Hegemon mehr, sondern ein Koloss im Kippen. Die USA erfänden sich unbedeutende Feinde wie den Irak, "weil sie mit aller Gewalt den Eindruck erhalten wollen, das Zentrum der Welt zu sein". Das wecke Angst, und Angst schaffe diplomatische und politische Gegengewichte, wie die USA bei den Irak-Debatten des Weltsicherheitsrats zu spüren bekamen.

Der Augur Todd sieht als Folge des Irak-Kriegs die Herren der Welt in tiefsten Schwierigkeiten. Der Niedergang der USA als alleinige Supermacht werde sich beschleunigen und als Gegenkraft, so der optimistische Franzose, ein emanzipiertes Europa erwachsen: "Amerikas Macht wird gebrochen."

Dass die Liliputaner dieser Erde aus Furcht vor dem neuen Gulliver USA auch neuen Beistand suchen, wurde selten deutlicher als in den Reaktionen auf Amerikas Vorstoß in den Irak. Dass jetzt am Tigris ein "amerikanischer Kalif" das Sagen haben soll, verbittert die Menschen der gesamten Region.



CHAO SOI CHEONG / AP

Anschlag auf das World Trade Center (2001):
Enormer Durst nach Rache

Im zynisch gewordenen Nahen Osten wird deshalb weniger über Friedenschancen diskutiert als darüber, wie die Staaten weiteren Militäraktionen der neuen Kreuzzügler aus den USA vorbeugen können. In Teheran, wo es nach dem Terror vom 11. September noch Sympathiekundgebungen für Amerika gab, hat Washingtons Politik dazu geführt, dass sich zum ersten Mal seit Jahren die Reformen um Präsident Mohammed Chatami und die Hardliner um Religionsführer Ajatollah Ali Chamenei im Schulterschluss üben.

Trotz offizieller Dementis spricht viel dafür, dass Teheran sein Programm zum Bau einer Atombombe vorantreibt. Nur so, glaubt man, ähnlich wie die mutmaßliche Nuklearmacht Nordkorea, vor einer US-Attacke sicher zu sein. Die beiden Staaten, die US-Präsident Bush neben dem Irak zur "Achse des Bösen" machte, haben übrigens erst seit dieser Etikettierung richtig zusammengefunden: Nach Geheimdiensterkenntnissen hilft Pjongjang den Iranern bei der atomaren Aufrüstung.

Gleichzeitig will Teheran auch seine guten Beziehungen zu Russland weiter ausbauen, besonders im Militärbereich. Iran hat seine Geschäfte mit dem Atomstaat Pakistan intensiviert (der wiederum mit Indien in einem höchst brisanten Konflikt lebt) und sich nach Jahren der Entfremdung wieder an Saudi-Arabien angenähert.

Auch die saudischen Prinzen fürchten sich vor den amerikanischen Plänen zum Umkrempeln der Region - sie wissen, dass sich diese Pläne vor allem gegen sie richten. Seitdem herauskam, dass 15 der 19 Attentäter vom 11. September aus Saudi-Arabien stammen und sich das Königshaus jahrelang vor Anschlägen schützte, indem es den Terroristen Geld zuschob, ging die US-Regierung auf Distanz zu Riad. Der Zugriff auf die irakischen Erdölreserven wird die USA langfristig unabhängiger von saudi-arabischen Ressourcen machen und Washingtons Möglichkeiten vergrößern, Druck auszuüben.

Der regierende Kronprinz Abdullah, ein vorsichtiger Reformler, hat deshalb eine Geheimdelegation nach Moskau geschickt, um über ein militärisches Beistandsabkommen zu verhandeln. Auch beim ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak wurde Abdullah vorletzte Woche vorstellig. Beschlossen wurde "eine gemeinsame arabische Initiative, um den Irak vor Fremdbestimmung auf allen Ebenen zu schützen".

Neuorientierung auch in Moskau. Hatte sich der russische Präsident Wladimir Putin zunächst erträumt, im Schutz einer strategischen Partnerschaft mit den USA die Rückkehr Russlands zur Großmacht voranzutreiben, blickt der Kreml-Chef inzwischen wieder verstärkt nach Europa. Nicht zufällig traf er sich am vorvergangenen Freitag mit den Gesinnungsfreunden Schröder und Chirac im aufwendig renovierten Hotel "Europa" am Newski-Prospekt in St. Petersburg.

Ein "Export der kapitalistisch-demokratischen Revolution", so dozierte der Kreml-Chef in eher altmodischer Diktion über die Strategie der Washingtoner Führung, provoziere "eine unendliche Serie militärischer Konflikte" und damit eine "sehr gefährliche Situation". Sein Verteidigungsminister Sergej Iwanow versicherte gleichzeitig dem Schurkenstaat Nordkorea, Russland sei bereit, dessen "Unabhängigkeit und territoriale Integrität" zu garantieren.

Statt auf ihre im Zweifel unzuverlässigen Verbündeten wollen sich die Moskowiter allerdings wieder verstärkt auf die eigene militärische Macht verlassen. Nach dem Ausbruch des Golfkriegs erinnerte Verteidigungsminister Iwanow an die Worte des Zaren Alexander III., der Ende des 19. Jahrhunderts feststellte, Russland habe nur "zwei Freunde in der Welt: die Armee und die Flotte".

Alarmiert über Amerikas Machtdemonstration am Golf ist auch die chinesische Führung. Sie war bereits nach dem Krieg gegen die Taliban in Afghanistan beunruhigt, weil die USA seither in Zentralasien Fuß gefasst und damit Chinas Furcht vor Einkreisung geschürt haben. Mit der Invasion im Irak beweise Washington nach Ansicht der Chinesen

endgültig, dass es eine "hegemoniale Strategie" verfolgt, bereit ist, internationales Recht auszuhebeln und die Uno kaltzustellen.

Als Vetomacht im Sicherheitsrat hatten die Chinesen bislang dort ihren Anspruch auf internationalen Einfluss bewahrt. "Es sieht so aus", bedauerte das KP-Organ "Volkszeitung", dass "das 21. Jahrhundert eine Epoche der Machtpolitik bleibt".

Die neue Lage birgt für die Chinesen nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Risiken. Durch ihren Einfluss auf die größten Erdölreserven der Welt könne Amerika den möglichen strategischen Rivalen China "am Boden halten", prophezeit Su Jingxiang vom Pekinger Forschungsinstitut für Moderne Internationale Beziehungen. Ab 2030, so schätzen Experten, müssen die Chinesen 84 Prozent ihres Ölbedarfs importieren.

Doch auf eine Konfrontation mit den Amerikanern kann es das Reich der Mitte nicht ankommen lassen - zu weit entfernt ist die Volksrepublik noch vom Status eines schon heute ernst zu nehmenden Rivalen. Ohne US-Investitionen wären Pekings Reformen kaum zu finanzieren, ohne die Exporte von Elektronik und Textilien in die USA das Millionenheer der chinesischen Arbeiter und Bauern nicht zu ernähren.

Doch für das einstweilen andauernde Wohlergehen erwartet Peking Gegenleistungen von den Amerikanern - etwa Zurückhaltung im Konflikt um Taiwan. Zudem hofft Peking auf Aufträge beim Wiederaufbau des Irak. Vor allem spekulieren die Funktionäre auf einen Vertrag zur Nutzung von Ölquellen, um damit den Energiebedarf zu sichern. "Wir wollen", erklärte der Diplomat Wu Chunhua, "enthusiastisch am Wiederaufbau des Irak teilnehmen."

WASHINGTON BEHANDELT DAS EINSTIGE PROTEKTORAT EUROPA WIE EINEN LÄSTIGEN KONKURRENTEN.

Der bisher deutlichste Widerspruch zur neuen Weltordnung der Amerikaner kommt indes aus dem alten Europa. Gebetsmühenhaft wiederholt vor allem Frankreichs Präsident Chirac sein politisches Glaubensbekenntnis: Internationale Stabilität, Sicherheit und Frieden könnten nur in einer multipolaren Welt gewährleistet werden, weil die Vorherrschaft einer einzigen Macht, so wohlwollend diese auch sein mag, zwangsläufig den Widerstand der restlichen Welt gegen sie hervorrufe. Unter Bush handeln die USA nach Ansicht französischer Diplomaten dagegen nach dem Motto: Unsere Sicherheit, das ist die Unsicherheit für alle anderen.

Vor dem Londoner Institut für Strategische Studien hielt Außenminister Dominique de Villepin Ende März eine Grundsatzrede, die er als politisch-philosophischen Gegenentwurf zu den neokonservativen Theorien in den USA konzipiert hatte - eine bewusste "Konfrontation von zwei Visionen der Welt".

Ein hegemoniales System, so führte Villepin aus, werde immer als ungerecht empfunden. Wenn die Macht systematisch über das Recht zu siegen scheine, wenn die Meinung der Völker nicht berücksichtigt werde, dann würden die Kräfte der Unordnung gestärkt, die antiwestlichen Ideologien aufblühen und der Krieg der Kulturen am Ende Wirklichkeit werden.

Unter dem Eindruck der amerikanischen Herausforderung stieg auf dem Athener Sondergipfel sogar die Kompromissbereitschaft der Europäer für die anstehende EU-Reform. Sollte es der Gemeinschaft durch den Druck von außen gelingen, sich als politische Union zu stabilisieren - und Fischer wäre unter Umständen bereit, als erster Europäischer Außenminister ab Ende nächsten Jahres kräftig dazu beizutragen -, geht mit der Emanzipation von der Vormacht USA nahezu zwangsläufig die Entfremdung einher. Behandelt Washington doch jetzt schon das einstige Protektorat Europa wie einen lästigen Konkurrenten.

Unklug versucht die US-Diplomatie seit einiger Zeit, die europäischen Staaten gegeneinander auszuspielen. Auf dauerhafte Vasallentreue der EU-Junioren in Osteuropa darf sich die Bush-Administration gleichwohl nicht verlassen. "Die werden sich einfügen und gewisse Fehler nicht noch einmal machen", versichert Erweiterungskommissar Günter Verheugen und droht: "Schließlich wissen die ja, wo ihre Märkte sind und wo sie demnächst das Geld herbekommen."



JASON REED / AP

Partner Pervez Musharraf,
Rumsfeld: Perfektes Versmaß

Auch die Freude an der Nato, dem transatlantischen Sicherheitspakt, haben die USA längst verloren. Die Supermacht mag es nicht, sich in ihre Entscheidungen von bald 26 Mitgliedstaaten hineinreden zu lassen, denn im Bündnis herrscht noch immer das Konsensprinzip. Warum sollten die USA, fragen immer mehr US-Politiker, noch eine europäische Macht bleiben wollen, wenn die europäischen Staaten des einstigen Warschauer Pakts Frieden und Wohlleben in der vergrößerten EU genießen?

In Brüssel wächst derweil die Sorge, die Bush-Administration könnte auch auf wirtschaftlichem Felde Geschmack an jenen unilateralen Praktiken gewinnen, die sie im Irak auf außenpolitischem und militärischem Gebiet so - in ihren Augen - erfolgreich vorexerziert hat. Der Amerikaner Jeffrey Garten, Dekan der School of Management der Universität Yale, argwöhnt, sein Präsident werde künftig in Handel und internationaler Finanzpolitik weniger ein Mittel sehen, Wohlstand in aller Welt zu schaffen, sondern vielmehr die "Instrumente einer noch wagemutigeren Außenpolitik", was insbesondere die aufmüpfigen Europäer spüren würden.

Ein hoher Abgesandter aus Washington machte aus dieser Absicht in der vergangenen Woche in Brüssel auch gar keinen Hehl. Die Politik des starken Dollar, ließ er seine europäischen Ansprechpartner wissen, sei vorbei. Die USA würden den Dollarkurs gezielt heruntermanipulieren. Die erwünschte Folge: Europäische Exporteure verlieren in den USA wegen wechselkursbedingter Teuerung Marktanteile, amerikanische Konzerne dagegen stehen in Europa besser da. Auf diese Weise mindern die Amerikaner nicht nur ihr hohes Handelsbilanzdefizit, das inzwischen auf rund fünf Prozent des US-Bruttosozialprodukts angewachsen ist. Nicht ohne Hohn analysierte der Bote vom Potomac vor seinen kriegsscheuen Partnern auch: "Das wird Europas unsichtbarer Beitrag zu unseren Irak-Kosten."

Langsam versetzt der mit asiatischen und europäischen Geldern überbrückte Graben zwischen den Ausgaben Amerikas und den eigenen Einnahmen nämlich selbst Regierungsökonomien in Angst. Die Finanzierungsstrukturen, gab der US-Besucher zu, verschlechterten sich rapide, der Anteil kurzfristiger Schulden steige.

Außenhandelskommissar Pascal Lamy und sein für die Außenpolitik der Kommission zuständiger Kollege Chris Patten machen sich auch bereits Gedanken, ob Washington weiterhin auf internationale Verträge zur Garantie eines freien Welthandels setzen wird. Schon vor dem Irak-Krieg empörte es Bush, dass ein internationales Schiedsgericht in Genf die Schutzzölle für US-Stahlkocher und Subventionen für US-Exporteure für illegal erklärt hatte. Er hätte es nun in der Hand, eine weitere Liberalisierung des Welthandels abzubremesen. Die Europäer liefern ihm sogar ein Argument für einen möglichen US-Schwenk zu mehr Protektionismus: Sie selbst wollen partout nicht von ihren Agrarsubventionen lassen.

Um unerwünschten Handelshemmnissen entgegenzutreten, haben Lamy und Patten in der "International Herald Tribune" einen transatlantischen Aufruf platziert und atlantische Gemeinsamkeiten beschworen. Beide Seiten hätten die "Verantwortung, eine

internationale Führung zu gewährleisten", heißt es darin bange. Immerhin sei die heutige Vormacht USA vor gar nicht so langer Zeit "aus der Rippe Europas hervorgegangen".

Ernst genommen in Washington werden die Europäer aber letztlich nur, wenn sie sich einigen können und es tatsächlich schaffen, die europäische Schnittmenge ihrer nationalen Außenpolitiken beachtlich zu vergrößern. Dies wird Hauptjob für den neuen Europäischen Außenminister sein, dessen Posten die Staats- und Regierungschefs in Athen billigten. Er soll sowohl Mitglied der EU-Kommission sein und gleichzeitig den ständigen Vorsitz im Rat der EU-Außenminister führen. Im Übrigen soll er, wenn er gemeinsam mit der Kommission eine außenpolitische Initiative einbringt, nicht mehr durch das Veto eines einzigen Mitgliedslandes blockiert werden können. Auch in der Außenpolitik gilt fortan das Mehrheitsprinzip. Ohne eine respektable Militärmacht, die weltweit europäische Interessen wahren kann, wird eine solche Außenpolitik nicht auskommen.



ELIZABETH DALZIEL / AP

Indische Atomraketen:
"Instrumente einer
wagemutigeren Außenpolitik"

Der Anlass für ein engeres Zusammenrücken der Europäer sei jedenfalls gegeben, sagt Fischer. "Der Schock des Irak-Kriegs", so der Außenminister, könne "auch eine Chance bieten."

Ob Amerika sich nun sofort in weitere Abenteuer stürzt, ist noch nicht ausgemacht. Erste Demonstrationen gegen die Sieger von Bagdad lassen vermuten, dass es noch länger dauern könnte, bis das zerbrochene Saddam-Reich eine Verfassung erhält, die den Nachbarn als Vorbild dienen kann.

Zudem gehört es zu den Erfahrungsregeln, dass amerikanische Präsidenten nicht im Jahr vor ihrer Wiederwahl Krieg führen sollten. Gilt das auch für Bush? Ihm steht immer das Schicksal seines Vaters vor Augen, dessen Popularität dahinschmolz, als ihn Alltagsprobleme wie die Wirtschaftskonjunktur und das Handelsdefizit einholten. Als Kriegspräsident ist auch Bush junior auf dem Höhepunkt seiner Beliebtheit. Sollte er sie beim üblichen Washingtoner Kleinklein aufs Spiel setzen - oder ist der dritte Krieg die Alternative?

RALF BESTE, WINFRIED DIDZOLEIT, HANS HOYNG, OLAF IHLAU, UWE KLUBMANN, DIRK KOCH, ROMAIN LEICK, ANDREAS LORENZ, GERHARD SPÖRL